

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005

Herbstgutachten der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Institute: Auszüge zur Arbeitsmarktpolitik

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Vorerst kaum Besserung am Arbeitsmarkt (S.38 ff.)

Vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Das zeigt nicht zuletzt der anhaltende Abwärtstrend der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Er hat sich seit dem Frühjahr lediglich etwas abgeflacht; der Vorjahresstand wurde zur Jahresmitte immer noch um rund 400 000 unterschritten. Dies spiegelt allerdings auch den Abbau traditioneller Instrumente der Arbeitsmarktpolitik - insbesondere ABM - wider. Deutliche Spuren hat die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik bei den übrigen Erwerbstätigen hinterlassen. Die Zahl der Minijobs, die im vergangenen Jahr noch stark gestiegen war, ist im ersten Quartal zwar gesunken, danach hat sie sich aber leicht erhöht. Die Zahl der Ich-AGs, die um die Jahreswende als Folge des Inkrafttretens von Hartz IV noch einmal deutlich in die Höhe geschneit war, ist seither in der Grundtendenz rückläufig. Zum einen dürften die Neubewilligungen zurückgegangen sein, weil die Anspruchsvoraussetzungen durch die Pflicht zum Nachweis eines tragfähigen Geschäftskonzepts verschärft wurden. Zum anderen kam es verstärkt zu Geschäftsaufgaben, weil immer mehr Gründer ins zweite bzw. dritte Jahr der Förderung rückten, in denen die Zuschüsse deutlich geringer sind und vielfach die zu entrichtenden Sozialabgaben nicht mehr decken.

Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt ging im ersten Quartal zurück, erhöhte sich danach aber wieder. Allerdings ist der Anstieg vor allem Folge der verstärkten Bereitstellung gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten („Zusatzjobs“) für Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II); von März bis Juni stieg ihre Zahl um 90 000. Die starke Ausweitung solcher „Ein-Euro-Jobs“ ist nicht unproblematisch, denn es mehren sich die Hinweise, dass durch solche Beschäftigungsverhältnisse reguläre Beschäftigung verdrängt wird. Ohne Berücksichtigung von Minijobs, Ich-AGs und „Zusatzjobs“ war die Erwerbstätigenzahl bis zuletzt deutlich rückläufig. Der merkliche Anstieg der Zahl der offenen Stellen in diesem Jahr ist überwiegend auf das wachsende Angebot an „Zusatzjobs“ zurückzuführen.

Die Zahl der Arbeitslosen schnellte in den ersten drei Monaten um rund 550 000 in die Höhe, da als Folge des Inkrafttretens von Hartz IV insbesondere zuvor nicht als arbeitslos gemeldete erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger nunmehr in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden. Der seit April zu verzeichnende saisonbereinigte Rückgang der Arbeitslosenzahlen lässt sich teilweise daraus erklären, dass Personen, denen kein ALG II zustand, ihre Meldung zurückzogen bzw. nicht erneuerten oder sich bei näherer Überprüfung als nicht erwerbsfähig erwiesen und aus der Statistik herausfielen. Weitaus stärker zu Buche schlug aber, dass Langzeitarbeitslose vermehrt in „Zusatzjobs“ beschäftigt wurden.

Eine durchgreifende Besserung am Arbeitsmarkt ist nicht zu erwarten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird zunächst noch weiter zurückgehen, wenn auch langsamer als bisher. Im Laufe des kommenden Jahres wird sie bei fortschreitender konjunktureller Erholung die Talsohle durchschreiten und in der zweiten Hälfte leicht steigen. Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt wird in diesem Jahr aufwärts gerichtet bleiben, allerdings in erster Linie wegen der Ausweitung der „Zusatzjobs“. Für das nächste Jahr ist mit einem leicht verstärkten Anstieg der Erwerbstätigkeit zu rechnen, auch weil die Zahl der Minijobs weiter zunimmt. Dem steht allerdings gegenüber, dass nach der gegenwärtigen Rechtslage die Existenzförderung durch die Ich-AGs bis zum Ende dieses Jahres be-

grenzt ist. Außerdem ist vor dem Hintergrund der Diskussion über Verdrängungseffekte damit zu rechnen, dass die Ausweitung der „Ein-Euro-Jobs“ zum Stillstand kommt. Alles in allem wird die Zahl der erwerbstätigen Inländer in diesem Jahr um 40 000 höher sein als im Vorjahr; für 2006 ist mit einem Anstieg um 210 000 zu rechnen. Dabei ist unterstellt, dass die Zahl der gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten 2005 um 205 000 und im kommenden Jahr um 133 000 zunimmt.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte auch im weiteren Verlauf dieses Jahres zurückgehen, vor allem weil weitere „Zusatzjobs“ für ALG-II-Empfänger bereitgestellt werden. Im Durchschnitt dieses Jahres wird sie dennoch mit 4,88 Mill. um rund 500 000 höher sein als im Vorjahr. Im kommenden Jahr wirken die konjunkturelle Besserung, das Bereitstellen weiterer Arbeitsgelegenheiten, eine verstärkte Vermittlungstätigkeit durch die Job-Center sowie eine intensivere Prüfung missbräuchlicher Inanspruchnahme des ALG II auf einen Rückgang der Arbeitslosenzahl hin. Dem steht allerdings das Auslaufen der vorruhestandsähnlichen Regelung nach § 428 SGB III gegenüber, was für sich genommen zu mehr Arbeitslosen führen wird. Insofern ist im Jahre 2006 nur mit einem geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 4,76 Millionen zu rechnen.

Zur Wirtschaftspolitik (S.45)

Die Arbeitsanreize müssen gestärkt werden, ebenso wie die Anreize, im privaten Sektor profitable Arbeitsplätze zu schaffen. Dies erfordert Änderungen in der Steuer- und in der Sozialpolitik, aber auch beim rechtlichen Rahmen für den Arbeitsmarkt. Die bisherigen Maßnahmen im Rahmen der Hartz-Reformen reichen bei weitem nicht aus. Teilweise sind sie sogar, etwa was die Anreize betrifft, kontraproduktiv, und sie führen darüber hinaus zu erheblichen Mehrausgaben des Staates.

Nach: Herbstgutachten der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Institute (19.10.2005)

Das vollständige Gutachten kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

<http://www.iwh-halle.de/d/publik/sonst/gd/2005h/gd.pdf>

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

